

Auftraggeber/Vergabestelle:	Ort, Datum:	Graupa, den 23.02.2018
Staatsbetrieb Sachsenforst	Az.:	14(11)-0302.20
Geschäftsleitung	Vergabenummer:	2018GL-20101-001
Bonnewitzer Straße 34	Bearbeiter:	Lars Eckhardt-Beier
01796 Pirna OT Graupa	Tel.:	0 35 01 – 5 42 354
	Fax:	0 35 01 – 5 42 213
	E-Mail:	lars.eckhardt-beier@smul.sachsen.de

Öffentliche Ausschreibung nach VOL/A

Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurücksenden!)

Leistung:	Externe Mitarbeiterberatung - Employee Assistance Program (EAP)
Ausführungszeitraum:	01.06.2018 bis 31.05.2019 mit der Option der Verlängerung bis 31.05.2021
Ausführungsort:	telefonische Beratung
Ansprechpartner vor Ort:	Herr Schulze (Tel. 03501-542-197; E-Mail: gerrit.schulze@smul.sachsen.de)
Anlagen:	Leistungsbeschreibung Leistungsverzeichnis mit Preisangebot Eigenerklärung Bewerbungsbedingungen Vertragsbedingungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, den in der beiliegenden Leistungsbeschreibung bezeichneten Auftrag zu vergeben.

Bei der Abgabe eines Angebotes sind die beigelegten Bewerbungsbedingungen zu beachten.

Vorsorglich werden Sie darauf hingewiesen, dass die Beifügung eigener Geschäftsbedingungen eine unzulässige Änderung der Verdingungsunterlagen darstellt und zum zwingenden Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führt.

Sie werden gebeten, beiliegende(n) Angebotsvordruck(e) nebst Anlagen **auszufüllen**, an der hierfür ausgewiesenen Stelle zu **unterzeichnen** und in einem **verschlossenen Umschlag** bis zum Ende der

Angebotsfrist am 04.04.2018 09:00 Uhr

an die Vergabestelle zurückzusenden. Der Umschlag ist außen mit dem Vermerk: **“Angebot Externe Mitarbeiterberatung (EAP) - Bitte nicht öffnen!”** sowie mit Ihrem **Namen (Firma)** und Ihrer **Anschrift** zu versehen.

Bis zum Ende der Angebotsfrist kann das Angebot auf diese Weise zurückgezogen werden. Danach sind Sie bis zum Ablauf der

Bindefrist am 09.05.2018

an Ihr Angebot gebunden.

Nebenangebote/Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen / Angaben (Eignungsprüfung):

- **namentliche Benennung** eines verantwortlichen Ansprechpartners sowie der vorgesehenen Berater
- Die für die Leistungserbringung vorgesehenen Berater müssen folgende Mindestqualifikationen vorweisen können:
 - a. Hochschulabschluss oder abgeschlossene Beraterausbildung in mindestens einer anerkannten Beratungs- oder Therapiemethode
 - b. Berufserfahrung in der Beratung / im Coaching von mindestens einem Jahr*Der Ausbildungsnachweis ist anhand von Zeugniskopien zu führen. Die Erfahrungswerte sind durch Angabe von Referenzen für jeden Berater zu belegen.*
- mind. **2 Referenzen** über die Durchführung vergleichbarer Projekte **in Betrieben mit mehr als 1000 Mitarbeitern**
- **Vorlage eines Konzeptes** (s. Zuschlagskriterien)
- Für die in die engere Auswahl kommenden Bieter holt **die Zentrale Vergabestelle** beim Bundesamt für Justiz einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister zum Nachweis Ihrer Zuverlässigkeit gemäß §§ 21 Abs. 4 und 5 Arbeitnehmer- Entsendegesetz-AEntG, gemäß § 21 Abs.1 Satz 4 und 5 SchwArbG sowie gemäß § 19 Abs. 4 MiLoG i.V.m. § 150a Absatz 1 Nr.4 GewO ein.

Hierzu benötigt die Vergabestelle von Bietern, die als natürliche Person auftreten, Angaben zu: Geburts-/ Familienname, Vorname; Geburtsdatum; Geburtsort. Von juristischen Personen werden Angaben zum Registergericht sowie die Handelsregisternummer benötigt (Angaben üblicherweise auf Firmenanschriften abgedruckt).

Ausländische Bieter werden gebeten, uns ein dem Auszug aus dem Gewerbezentralregister entsprechendes Dokument oder eine gleichwertige Bescheinigung Ihres Herkunftslandes (mit Übersetzung; nicht älter als 3 Monate) vorzulegen.

Zuschlagskriterien:

1. 50 % (Punkte) Preis
2. 50 % (Punkte) Konzept - **Vorlage eines Konzeptes** – bewertet nach (jeweils max. 10 Punkte möglich):
 - Sicherstellung umfassender Beratung / Coachingleistung aus fachlicher Sicht und persönlicher Sicht (Qualifikation der Berater)
 - Gewährleistung der zeitlichen Sicherstellung der Leistung über täglich 24 Stunden von Montag bis Sonntag
 - Methodische Umsetzung der zu erbringenden Leistungen
 - Schlüssigkeit des Konzeptes

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen kann sich jeder Bieter an das

**Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft,
Referat 11**

Hausanschrift: **Archivstraße 1, 01097 Dresden**

Postanschrift: **PF 10 05 10, 01076 Dresden,**

Tel.: **0 35 1 – 5 64 0**

Fax: **0 35 1 – 5 64 22 09**

Email: **poststelle@smul.sachsen.de**

wenden.

Bewerber, die ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Sozialbeiträge nicht nachgekommen sind, können ebenfalls von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung Ihres Teilnahmeantrages nach der VOL.

Für Ihr Interesse danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Lars Eckhardt-Beier

Sachbearbeiter Zentrale Vergabestelle

Auftraggeber/Vergabestelle:	Ort, Datum:	Graupa, den 23.02.2018
Staatsbetrieb Sachsenforst	Az.:	14(11)-0302.20
Geschäftsleitung	Vergabenummer:	2018GL-20101-001
Bonnewitzer Straße 34	Bearbeiter:	Lars Eckhardt-Beier
01796 Pirna OT Graupa	Tel.:	0 35 01 – 5 42 354
	Fax:	0 35 01 – 5 42 213
	E-Mail:	lars.eckhardt-beier@smul.sachsen.de

Leistungsbeschreibung:

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurücksenden!)

Hintergrund:

Zu den Kernaufgaben des Staatsbetriebs Sachsenforst gehört die flächendeckende Beratung und Betreuung privater und körperschaftlicher Waldbesitzer sowie die Bewirtschaftung des sächsischen Staatswaldes in zwölf Forstbezirken. Er ist außerdem Obere Forst- und Jagdbehörde, die organisatorisch und personell vom Forstbetrieb abgegrenzt ist.

Für die Nationalparkregion Sächsische Schweiz, das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft und die Naturschutzgebiete Königsbrücker Heide, Gohrschheide, Elbniederterrasse Zeithain obliegen dem Staatsbetrieb Sachsenforst (SBS) wichtige Aufgaben als Naturschutzfachbehörde. In diesem Zusammenhang ist er Amt für Großschutzgebiete, Naturschutzfachbehörde und Naturraummanager in den vier bedeutendsten Schutzgebieten in Sachsen.

Die Betriebsforschung für den sächsischen Wald ist im Kompetenzzentrum Wald und Forstwirtschaft angesiedelt.

Zusätzlich verfügt der SBS zur Bewältigung seines breiten Aufgabenspektrums im Bereich Waldpädagogik über 3 Waldschulheime und 7 waldpädagogische Tageseinrichtungen. Insgesamt werden jährlich etwa 30.000 Kinder und Schüler mit dem Wald und der Natur vertraut gemacht.

Darüber hinaus unterhält der SBS ein Zentrum für Forstliches Vermehrungsgut mit drei Baumschulen sowie zwei Maschinenstationen und einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, in der alle Auszubildenden im Fachbereich Forstwirtschaft fachlich geschult werden.

Das Wildgehege in Moritzburg steht ebenfalls in der Verantwortung des SBS.

Zur Bewältigung seiner Aufgaben stehen dem SBS ca. 1400 Bedienstete, Beamte, TV-L und TV-Forst Beschäftigte zur Verfügung.

Zielstellung:

Im Rahmen seines betrieblichen Gesundheitsmanagements beabsichtigt der SBS eine **externe Mitarbeiterberatung - Employee Assistance Program (EAP)** - zu installieren. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Bediensteten durch professionelle Beratung und Unterstützung bei beruflichen und privaten Problemen Hilfestellung zu geben und ggfs. Hilfen zu vermitteln. Dadurch soll die Leistungsfähigkeit der Bediensteten, auch bei verlängerter Lebensarbeitszeit, gewahrt und gefördert werden.

Der SBS erhofft sich dadurch eine größere allgemeine Zufriedenheit seiner Bediensteten und eine noch stärkere Bindung an den SBS. Das Profil des SBS als sozialer und attraktiver Arbeitgeber soll, unterstützend für die zu erwartenden Personalbeschaffungsmaßnahmen, weiter gesteigert werden.

Zu erbringende Leistungen:

Der Auftragnehmer hat die Aufgabe, den Auftraggeber im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und bei allen Fragen des Gesundheitsschutzes nach Maßgabe des Vertrages zu unterstützen.

Die Beratung und Vermittlungsunterstützung erfolgt telefonisch über eine für den Ratsuchenden kostenlose Hotline.

Die Beratung ist für den Zeitraum **Montag bis Sonntag jeweils 24 Stunden am Tag** zu gewährleisten und erfolgt unmittelbar.

Die **Beratungsleistung** umfasst:

- a. Beratung in allen Lebenslagen, insbesondere zu beruflichen, privaten, familiären und gesundheitlichen Fragestellungen
- b. Coaching und Beratung von Führungskräften
- c. Vermittlung von Hilfestellungen durch Dritte
- d. Beratung in Form einer Abklärung, Krisenberatung und Lösungsfindung

Die Leistungen sind für alle ratsuchenden Bediensteten des SBS ohne Kosten.

Der Auftragnehmer hat die Anonymität aller ratsuchenden Bediensteten zu gewährleisten.

Der Auftragnehmer stellt die zur Durchführung der vertraglichen Leistungen personellen Ressourcen bereit, das erforderliche Hilfspersonal sowie die technischen Geräte, um eine unmittelbare Erreichbarkeit für die ratsuchenden Bediensteten unter der kostenfreien Hotline zu gewährleisten.

Der Auftragnehmer stellt für alle Bediensteten des SBS kostenlos entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung und informiert die Mitarbeiter zu Beginn des Projektes über Ziele, Leistungen und Verfahrensweisen. In den Städten Bautzen, Chemnitz und Dresden findet mindestens jeweils eine Informationsveranstaltung statt

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber zweimal im Vertragsjahr - unter Wahrung der Anonymität der ratsuchenden Bediensteten - einen Bericht zur Verfügung, der über den Umfang der Inanspruchnahme, die nachgefragten Themenschwerpunkte und regionale Schwerpunkte Auskunft gibt. Sollte der geringe Umfang der Fallzahlen eine Anonymisierung nicht zulassen, ist dies dem Auftraggeber mitzuteilen.

Ort der Leistungserbringung:

Die Leistungserbringung erfolgt telefonisch.

Name und Anschrift des Bieters:	Ort, Datum:
	Bearbeiter:
	Tel:
	Fax:
	E-Mail:
	Geschäftszeichen:

Angebot nach VOL/A

(Bitte ein Exemplar unterzeichnet an den Auftraggeber zurücksenden!)

Leistung: Externe Mitarbeiterberatung - Employee Assistance Program (EAP)

Ausführungszeitraum: 01.06.2018 bis 31.05.2019 mit der Option der Verlängerung bis 31.05.2021

Angebotsaufforderung vom 23.02.2018, Aktenzeichen: 14(11)-0302.20;

Vergabenummer: 2018GL-20101-001

Anlagen:

- ☐ vollständig ausgefüllter und unterschriebener Angebotsvordruck
- ☐ Eigenerklärung
- ☐ namentliche Benennung der vorgesehenen Berater und des verantwortlichen Ansprechpartners einschl. Nachweisen zur Qualifikation und Berufserfahrung
- ☐ mind. 2 Referenzen zu vergleichbaren Projekten in Betrieben mit mehr als 1000 Mitarbeitern
- ☐ Konzept zur Umsetzung des Employee Assistance Program EAP
- ☐ ggf. Angaben zur Einholung eines Gewerbezentralregisterauszuges

Die Ausführung der beschriebenen Leistung wird zu den eingesetzten Preisen angeboten. An das Angebot halte ich mich bzw. halten wir uns bis zur eventuellen Zuschlagserteilung gebunden.

Sofern sich der angebotene Preis aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR 30/53 als unzulässig erweist, gilt der preisrechtlich zulässige Preis.

Dem Angebot liegen zugrunde:

- die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers vom 23.02.2018 und das ausgefüllte Leistungsverzeichnis,
- die Zusätzlichen und Ergänzenden Vertragsbedingungen des Auftraggebers gem. Vertrag,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Firmenstempel, Datum, Unterschrift:
--

Erklärungen (mit „☒“ bestätigen Sie die Anforderung):

Hiermit erkläre ich/wir für das o.g. Unternehmen:

- ☐ dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- ☐ dass ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinden,
- ☐ dass ich/wir nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen habe/n, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt,
- ☐ dass ich/wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/sind.
- ☐ dass ich/wir nicht mit einer Geldbuße von 2.500 EUR oder mehr wegen einer Ordnungswidrigkeit nach dem Mindestlohngesetz bzw. dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz belegt worden bin/sind.
- ☐ dass ich/wir den Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens die im Mindestlohngesetz bzw. die in einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz jeweils festgesetzten Mindestlöhne zahle/n.
- ☐ dass ich/ wir Nachunternehmer sorgfältig auswähle/n und deren Angebote daraufhin überprüfe/n, ob sie auf Basis des anzuwendenden Mindestlohnes nach dem Mindestlohngesetz/ auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes festgesetzter tariflicher Mindestlöhne kalkuliert sein können.

Mein/unser Betrieb ist Mitglied folgender Berufsgenossenschaften:

Bezeichnung

Mitgliedsnummer:

.....

.....

Bezeichnung

Mitgliedsnummer

.....

.....

(Bewerber, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen Versicherungsträger an.)

Ich bin bzw. wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem

- ☐ EU-Staat, Nationalität, Ust.-IdNr.....
- ☐ anderen Staat, Nationalität.....
- ☐ im Falle einer Zuschlagserteilung werden wir/ werde ich vor Beginn der Leistungsausführung eine schriftliche Anmeldung in deutscher Sprache sowie eine Versicherung, dass der gesetzliche Mindestlohn nach Mindestlohngesetz bzw. Arbeitnehmer-Entsendegesetz geleistet wird, bei der Zollbehörde vorlegen.

Es ist mir bzw. es ist uns bekannt, dass alle Personen bei der Erbringung von Dienst- und Werkleistungen in der Forstwirtschaft verpflichtet sind, einen Ausweis mit sich zu führen. Ich habe die bei mir beschäftigten Personen ordnungsgemäß hierüber belehrt.

Ich bin mir bzw. wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen zur Folge haben kann.

Firmenstempel, Datum, Unterschrift:

Name und Anschrift des Bieters:	Ort, Datum:
	Bearbeiter:
	Tel. / Fax:
	E-Mail:
	Geschäftszeichen:

Leistungsverzeichnis

Externe Mitarbeiterberatung - Employee Assistance Program (EAP)

(Bitte ein Exemplar mit dem Angebot zurücksenden)

	Beratungspauschale pro Mitarbeiter (EUR/Jahr)
Beratung (Montag bis Sonntag 24 h am Tag) pro Mitarbeiter in EUR [netto]/Jahr	
Mwst. in EUR	
Beratung pro Mitarbeiter in EUR [brutto]/Jahr	

(Angebotspreise inkl. aller Nebenkosten)

Firmenstempel, Datum, Unterschrift

Auftraggeber/Vergabestelle:

Aktenzeichen: 14(11)-0302.20

Vergabenummer: 2018GL-20101-001

**Staatsbetrieb Sachsenforst
Geschäftsleitung
Bonnewitzer Straße 34
01796 Pirna OT Graupa**

Anlage - Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen:

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurücksenden!)

1. Allgemeines

- 1.1 Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil A Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (VOL/A).
- 1.2 Bei der Vergabe finden die Vorschriften über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen in der jeweils gültigen Fassung) Berücksichtigung.

2. Angebotsbedingungen

- 2.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
- 2.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Eine selbst gefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig, allein verbindlich ist allerdings das von der Vergabestelle vorgegebene Leistungsverzeichnis.
- 2.3 Das Angebot muss vollständig sein, es muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.
Bei Bieter oder Bewerbern, die in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (PQ-Bau) oder in die Präqualifikationsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ-VOL) eingetragen sind, gelten die Eignungskriterien grundsätzlich als erfüllt, auf die sich die Prüfung der Präqualifizierungsstelle bezieht. Die Erbringung von Einzelnachweisen und der Nachweis der Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis sind zulässig.
- 2.4 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Korrekturen müssen zumindest mit einem Signum der ändernden Person und sollten zusätzlich mit Datumsangabe versehen werden. Bloßes Durchstreichen oder die Verwendung von Tipp-Ex oder vergleichbaren Produkten stellen keine zweifelfreien Änderungen dar.
- 2.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.
- 2.6 **Änderungen und Ergänzungen an den Vertragsunterlagen sind unzulässig.** Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebotes erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden. Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.
- 2.7. Wenn den Vergabeunterlagen Formblätter zur Preisaufgliederung beigelegt sind, hat der Bieter die seiner Kalkulationsmethode entsprechenden Formblätter ausgefüllt mit seinem Angebot abzugeben. Die Nichtabgabe der ausgefüllten Formblätter kann dazu führen, dass das Angebot nicht berücksichtigt wird.

- 2.8. Auf Verlangen hat der Bieter die Preisermittlungen in einem verschlossenen Umschlag vorzulegen. Der Auftraggeber wird in die Preisermittlung nur Einsicht nehmen, wenn dies zur Beurteilung der Angemessenheit der Preise erforderlich ist. Der Bieter wird hierüber benachrichtigt und kann bei der Einsichtnahme anwesend sein.
- 2.9. **In den Vergabeunterlagen zugelassene Nebenangebote müssen auf einer besonderen Anlage gemacht, als solche gekennzeichnet und verbindlich unterschrieben werden, andernfalls werden sie von der Wertung ausgeschlossen.**
- Sind an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt, müssen diese erfüllt sein; andernfalls müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit der Angebotsabgabe nachzuweisen. Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten. Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
- Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 2.10 Werden Leistungen angeboten, die in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehen sind, so müssen sie auf einer besonderen Anlage nach Ausführung und Beschaffenheit näher beschrieben werden.
- 2.11 Auf Anlagen ist im Angebotsvordruck hinzuweisen.
- 2.12 **Der Angebotsvordruck ist mit Namen (Firma) des Bieters sowie mit Datum und Unterschrift zu versehen.** Der Angebotsvordruck ist wegen der Rechtsverbindlichkeit der Vertragsbedingungen auch dann unterschrieben zurückzugeben, wenn nur ein Nebenangebot abgegeben wird.

Angebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

- 2.13 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Kommastellen anzugeben.
Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuersatz ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.
- Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.
- Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulation“ auf andere Leistungspositionen umlegt, grundsätzlich von der Wertung ausgeschlossen.
- 2.14 Der Bieter hat auf Verlangen im Angebot anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebotes gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind.

- 2.15 Entwürfe und Ausarbeitungen sowie Muster und Proben, die bei der Prüfung der Angebote nicht verbraucht werden, gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über, soweit der Bieter im Angebot bzw. innerhalb von 30 Kalendertagen nach Ablehnung des Angebotes nicht ihre Rückgabe verlangt.

3. **Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen können, so hat er unverzüglich die Vergabestelle **vor** Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Informationen werden durch die Vergabestelle mittels Telekopie (Fax) oder elektronisch übermittelt.

4. **Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

5. **Gewerbliche Voraussetzungen**

Bieter können aufgefordert werden, den Nachweis zu erbringen, dass sie im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ihren Sitz haben, eingetragen sind.

6. **Bietergemeinschaften**

Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot dem Auftraggeber zu übergeben:

- ein Verzeichnis der Mitglieder der Gemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters und
- eine von allen Mitgliedern verbindlich unterzeichnete Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

7. **Nachunternehmer**

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Leistung angeben und die voraussichtlichen Nachunternehmer benennen. Die Nachunternehmerleistungen dürfen max. 50% der Leistungen des Bieters betragen.

8. **Zusätze für ausländische Bewerber**

- 8.1 Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.